

PROTOKOLL

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz, Integration und Ordnungswesen

am Dienstag, 19. November 2024

im Sitzungssaal des Rathauses in Reppenstedt, Dachtmisser Straße 1
Beginn: 19:00 Uhr

Leitung: Ausschussvorsitzende(r)

Hans-Jürgen Nischk

anwesende Ausschussmitglieder

Gabriele Bauer
Jörg Baumgarte
Holger Dirks
Karoline Feldmann
Jürgen Hesse

Sachkundige(r) Bürger(in)

Nils Böhnke
Ursula Freitag
Christian Schlüter
Dieter Waltje

Integrationsbeauftragte(r)

Britta Müller

Samtgemeindebürgermeister(in)

Steffen Gärtner

von der Verwaltung

Dietmar Meyer
Holger Schölzel
Jannik Braun

zugleich als Schriftführer

Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Beschlussfassung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nichtöffentlicher Sitzung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz, Integration und Ordnungswesen am 10.09.2024
- 5 Bericht des Samtgemeindebürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Samtgemeindevorstandes und wichtige Angelegenheiten der Verwaltung
- 6 Einwohnerfragestunde (bei Bedarf)
- 7 Entlassung des bisherigen Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Kirchzellern aus dem Ehrenbeamtenverhältnis
- 8 Antrag der Gruppe Grüne/SPD/SOLI/DIE LINKE
- Einführung einer sachgerechten und diskriminierungsfreien Bezahlkarte
- 9 Doppelhaushaltsplanberatung 2025/2026 - Teilhaushalt 3 Ordnungsamt
- 10 Behandlung von Anfragen und Anregungen
- 11 Schließung der Sitzung

Punkt 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Nischk eröffnet um 19:02 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2

Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

<i>Abstimmung:</i>	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
	6	0	0

Punkt 3
Beschlussfassung über die Behandlung von Tagesordnungspunkten in nichtöffentlicher Sitzung

Beschluss:

Alle Tagesordnungspunkte werden in öffentlicher Sitzung behandelt.

<i>Abstimmung:</i>	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
	6	0	0

Punkt 4
Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz, Integration und Ordnungswesen am 10.09.2024

Ausschussmitglied Hesse merkt an, dass die PowerPoint-Präsentation zu Punkt 11 nicht in der Anlage zu finden ist.

Samtgemeindebürgermeister Gärtner erwidert, dass bei Ihm die Anlage vorhanden ist.

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

<i>Abstimmung:</i>	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
	4	0	2

Punkt 5
Bericht des Samtgemeindebürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Samtgemeindeausschusses und wichtige Angelegenheiten der Verwaltung

Samtgemeindebürgermeister Gärtner begrüßt die Anwesenden und berichtet folgendes:

- Der Landtag hat die Novelle des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes beschlossen. Dadurch werden den Betreuerinnen und Betreuern von Kinder- und Jugendfeuerwehren bei einer Teilnahme an Freizeitmaßnahmen, wie Zeltlagern, nun ein Freistellungsanspruch gewährt. Samtgemeindebürgermeister Gärtner weist darauf hin, dass hierfür eine Finanzierung in Höhe von 3 Millionen Euro für ganz Niedersachsen vorgesehen ist. Für die Samt-

gemeinde Gellersen bedeutet dies eine jährliche Zuwendung von 5.000,00 €, die nicht ausreichen wird.

- Des Weiteren erfolgt eine Kürzung der Verteilung der Feuerschutzsteuer um 8 Mio. Euro, was ebenfalls eine Reduktion der finanziellen Mittel für die Kommunen zur Folge hat. Er kritisiert, dass die Kommunen durch diese Umverteilung dazu beitragen, die Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen für das Land zu finanzieren.

Samtgemeindebürgermeister Gärtner übergibt das Wort an Herrn Schölzel.

Herr Schölzel begrüßt die Anwesenden ebenfalls und startet mit einem Personalupdate. Nach einer kurzen Vorstellung von Herrn Braun teilt Herr Schölzel mit, dass dieser vorübergehend die Friedhofsverwaltung übernimmt. Ab dem 01.01.2025 wird Frau Stolze für den Friedhofsbereich zuständig sein.

In der Folge berichtet er von dem möglicherweise vorgezogenen Wahltermin am 23.02.2025 und gibt zu Protokoll, dass das Ordnungsamt mit den Wahlplanungen bereits begonnen hat. Die Anzahl der freiwilligen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer beläuft sich auf schätzungsweise 150, wie Herr Schölzel berichtet. Zudem bittet er darum, in den Parteien zu erfragen, ob es Personen gibt, die sich als Wahlhelferin oder Wahlhelfer melden möchten, damit diese am Wahltag im Bedarfsfall kontaktiert werden können.

Des Weiteren trägt Herr Schölzel weitere folgende Punkte vor:

- **Feuerlöschbrunnen Kirchgellersen**
Vor der Grundschule Kirchgellersen wurde zur Verbesserung der Löschwasserverfügbarkeit ein Löschbrunnen errichtet. Hierzu fand am 18.11.2024 eine Übung von der Feuerwehr zusammen mit dem Brunnenbauer statt. Der Brunnen ist einsatzbereit und kann ab sofort genutzt werden in der Hoffnung, dass dieser nie für den Ernstfall benötigt wird. Samtgemeindebürgermeister Gärtner fügt hinzu, dass er einen großen Dank an Firma Hiri aussprechen möchte, da die Firma 10.000,00 € dazu gesteuert hat.
- **Erweiterung Dienstleistungen im Bürgerbüro**
Im Bürgerbüro können Bewohner, die innerhalb des Landkreises Lüneburg umziehen, bei der melderechtlichen Ummeldung des Wohnsitzes gleich die

Adressen im Fahrzeugschein ändern lassen. Ein zusätzlicher Gang zur Zulassungsstelle des Landkreises entfällt damit.

- **Sachstand Gedenktafel**

Leider konnte die Gedenktafel bisher nicht errichtet werden. Grund dafür war, dass die Zustimmung des Grundstückseigentümers zum Inhalt der Gedenktafel noch nicht erteilt wurde. Die Änderungswünsche wurden der Samtgemeinde am 08.11.2024 mitgeteilt. Derzeit werden die Änderungen von Herrn Tetau eingepflegt. Sobald dies erfolgt ist, wird der finale Entwurf im Samtgemeindeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt. Erfreulich ist, dass sich die Stadt Lüneburg mit 400,00 € an den Kosten für die Gedenktafel beteiligt.

- **Reerdigung**

Die Gruppe Grüne/SPD/SOLI/DIE LINKE hat die Verwaltung mit Antrag vom 27.09.2024 gebeten zu prüfen, ob diese Bestattungsmethode auf unseren Friedhöfen angeboten werden kann. Bei einer Reerdigung wird der Verstorbene in einem Kokon für rd. 40 Tage hineingelegt und durch Mikroorganismen wird der Verwesungsprozess angeregt. Die Überreste werden dann in einer Urne auf einem Friedhof beigesetzt.

Das Nds. Bestattungsgesetz sieht diese Art der Bestattung in Niedersachsen derzeit nicht vor. Aufgrund einer Nachfrage beim zuständigen Ministerium hat die Verwaltung die Mitteilung erhalten, dass diese Art der Beisetzung in Niedersachsen nicht zulässig ist. Für die „Reerdigung“ wäre daher die Legitimation durch den Gesetzgeber und damit eine Änderung des BestattG erforderlich, um das Verfahren zu etablieren und die damit verbundenen Fragen und Obliegenheiten verbindlich zu regeln. Von Seiten der Landesregierung ist derzeit nicht beabsichtigt, die „Reerdigung“ als zulässige Bestattungsform gesetzlich zu regeln.

- **Sachstand „Unterbringung“**

Die Aufnahmeverpflichtung liegt bei 55 Personen bis Ende März 2025. Diese setzt sich aus der Restquote von 33 Personen und 22 Personen (Quote Oktober 2024 bis März 2025) zusammen. Derzeit sind 169 von 189 Plätzen belegt. Insgesamt hat die Samtgemeinde 18 Unterkünfte, wobei sich in Heiligenthal und Westergellersen keine Notunterkünfte befinden. Seit Jahresbeginn fanden 80 Auszüge in privaten Wohnraum oder eine Rückreise statt. Bis Jahresende sind 12 weitere Auszüge geplant. Herr Schölzel spricht seinen Dank an alle aus, die bei der Unterbringung Geflüchteter mitwirken,

insbesondere Herrn Thumnieh und der Integrationsbeauftragten Frau Müller.

Ausschussmitglied Dirks fragt nach einer Aufgliederung der schulpflichtigen Kinder und ob bei den anderen Gemeinden die Restquote höher ist. Herr Schölzel sagt aus, dass er die Aufgliederung nachliefern wird und stimmt der zweiten Frage zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Aufteilung ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

Die Ausschussmitglieder Bauer und Dirks loben das Team aufgrund ihrer guten Arbeit.

Ausschussvorsitzender Nischk bittet die Integrationsbeauftragte um Ergänzungen.

Frau Müller ergänzt, dass die ukrainischen Flüchtlinge nunmehr dazu gebracht werden sollen, eine eigene Wohnung zu suchen. Ansonsten gibt es keine Auffälligkeiten zu berichten.

Ausschussmitglied Bauer merkt an, dass in der Samtgemeinde Arbeitskräfte gesucht werden und die Flüchtlinge sich bei Frau Müller oder der Verwaltung melden sollen, damit vermittelt werden kann. Sie fügt hinzu, dass genügend Flüchtlinge qualifiziert sind.

Punkt 6

Einwohnerfragestunde (bei Bedarf)

Es werden keine Fragen gestellt.

Punkt 7

Entlassung des bisherigen Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Kirchgellersen aus dem Ehrenbeamtenverhältnis

Samtgemeindebürgermeister Gärtner trägt vor, dass Herr Jürgen Cordes aus privaten Gründen vorzeitig das Amt des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Kirchgellersen niederlegen möchte und um die Entlassung aus dem Ehrenverhältnis bittet. Samtgemeindebürgermeister Gärtner spricht in dem Zuge Herrn Cordes großen Dank für die Einsatzbereitschaft aus.

Beschlussempfehlung:

Herr Jürgen Cordes wird mit Wirkung vom 31.12.2024 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Kirchgellersen entlassen.

<i>Abstimmung:</i>	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
	6	0	0

Punkt 8

Antrag der Gruppe Grüne/SPD/SOLI/DIE LINKE

- Einführung einer sachgerechten und diskriminierungsfreien Bezahlkarte

Nach eingehender Beratung wird der Antrag von der Gruppe Grüne/SPD/SOLI/DIE LINKE zurückgenommen. Der Antrag soll erneut gestellt werden, sobald erste Erfahrungsberichte erschienen sind.

Punkt 9

Doppelhaushaltsplanberatung 2025/2026 - Teilhaushalt 3 Ordnungsamt

Herr Meyer gibt einen Überblick über den Finanz- und Ergebnishaushalt des Doppelhaushalts 2025/2026. Dabei stellt er fest, dass jede Investition mit einem Kredit finanziert werden muss und die Samtgemeinde insgesamt 17,2 Mio. Euro Schulden aufweist.

In der Folge präsentiert Herr Schölzel dem Fachausschuss den Finanz- und Ergebnishaushalt für den Teilhaushalt 3, Ordnungsamt, für die Jahre 2025/2026. Im Rahmen der Vorstellung wurden folgende Punkte erörtert:

Ausschussmitglied Bauer erachtet es als erforderlich, sich zu vergewissern, ob die Annahme korrekt ist, dass Wohnungen veräußert werden, während für die kommenden beiden Jahre Finanzmittel für den Erwerb von Immobilien für die Unterbringung Geflüchteter bereitgestellt werden.

Herr Schölzel führt aus, dass der Haushaltsansatz für den Erwerb von Flüchtlingsunterkünften vorsorglich erfolgt, um bei plötzlich ansteigenden Flüchtlingszahlen reagieren zu können.

An dieser Stelle ergänzt Herr Meyer, dass mit dem Kauf eines Einfamilienhauses pro Jahr kalkuliert wird.

Ausschussmitglied Dirks erkundigt sich, ob eine Verpflichtungsermächtigung bei der Finanzplanung für den Bau des Feuerwehrgerätehauses in Südergellersen in Betracht kommt.

Der Begriff der „Verpflichtungsermächtigung“ wird von Herrn Meyer erläutert, wobei Samtgemeindegärtnermeister Gärtner ergänzend darauf hinweist, dass

es einer verlässlichen Kostenschätzung bedarf, diese jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist.

Ausschussmitglied Hesse merkt an, dass der Bedarf an zusätzlichen Einsatzmitteln für die Bekämpfung von Bränden bei E-Fahrzeugen im vergangenen Jahr verneint wurde, da der Landkreis Mulden bereitstellen wollte. Er fragt sich, warum nun Geld dafür veranschlagt wird.

Herr Böhnke antwortet, dass der Landkreis derzeit keine Mulde bereitstellt. Bei dem beantragten Ansatz handele es sich nicht um einen Ersatz für die Mulde, sondern um ein Arbeitsmittel zur aktiven Bekämpfung eines Fahrzeugbrandes beim E-Auto (z. B. in Form einer Löschanze).

Ausschussvorsitzender Nischk fasst zusammen, dass die Notwendigkeit für die 10.000,00 € für die Brandbekämpfung gegeben ist.

Die Ausschussmitglieder Dirks und Hesse geben zu bedenken, dass der Ansatz für den Hygieneanhänger der Feuerwehr auf 95.000,00 € erhöht werden sollte, da der Anhänger zwingend notwendig ist.

Ausschussmitglied Dirks fragt nach, ob man den Hygieneanhänger mit anderen Kommunen teilen kann, damit man auch die Kosten teilen kann. Herr Schölzel berichtet, dass hierzu derzeit Gespräche mit der Feuerwehr und anderen Kommunen stattfinden. Auch stehen Termine für die Inaugenscheinnahme eines solchen Anhängers an.

Nach einer umfassenden Erörterung hat der Fachausschuss beschlossen, den Ansatz auf 95.000,00 € zu erhöhen.

Ausschussmitglied Dirks hinterfragt die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Verschiebung der Ersatzbeschaffung für ein Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug auf das Jahr 2029, da das vorhandene Fahrzeug bereits 24 Jahre alt ist und er ein Ausfall des Fahrzeuges vor 2029 befürchtet.

Samtgemeindegärtnermeister Gärtner erläutert, dass die Finanzmittel im Jahr 2029 vorgesehen sind, ein Auftrag für die Ersatzbeschaffung mithilfe einer im Doppelhaushalt 2027/2028 getroffenen Verpflichtungsermächtigung im Jahr 2027 erteilt werden kann.

Herr Schölzel ergänzt, dass die im Feuerwehrbedarfsplan genannten Zeiten für Ersatzbeschaffungen nicht verbindlich sind, sondern als Orientierung dienen.

Herr Böhnke äußert Bedenken hinsichtlich der Preissteigerung von 10 bis 15 % sowie der langen Lieferzeit von mindestens drei Jahren.

Samtgemeindebürgermeister Gärtner legt dar, dass trotz der Bestrebungen eine prekäre finanzielle Lage besteht, weshalb eine Verschiebung der Bestellung des Fahrzeugs auf das Jahr 2027 von der Verwaltung vorgeschlagen wird, da sich das Fahrzeug aus heutiger Sicht noch in einem guten Zustand befindet.

Nach einer umfassenden Diskussion gelangt der Fachausschuss zu dem Ergebnis, dass noch keine Entscheidung getroffen wird und in den Fraktionen weiterberaten werden soll.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Feuerschutz, Integration und Ordnungswesen stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf für den Teilhaushalt 3 (Ordnungsamt), außer zu Punkt n. und jeweils unter Berücksichtigung der nachstehenden Änderungen zu Punkt f., zu. Die Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

Zu 1.f.: Für den Hygieneanhänger werden Mittel i. H. v. 95.000,00 € im Jahre 2025 veranschlagt.

Zu 1.n.: Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung ist die Veranschlagung der Investition I-2028-001 (Pkt. n.), ob im Finanzplan 2028 oder 2029 erfolgt, noch zu entscheiden.

Abstimmung:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
	6	0	0

Punkt 10

Behandlung von Anfragen und Anregungen

Herr Rosenberger erinnert daran, dass in den kommenden Jahren die Ersatzbeschaffung von vier weiteren Feuerwehrfahrzeugen erforderlich sein werde. Daher setzt er sich dafür ein, dass die Mittel für die Ersatzbeschaffung des HLF 20 nicht erst in den Jahren 2028 und 2029, sondern bereits vorher geltend gemacht werden sollen. Zudem merkt er an, dass der Brandschutz eine Pflichtaufgabe der Samtgemeinde ist und die finanziellen Mittel eher in die Erfüllung dieser Pflicht fließen sollten als in freiwillige Aufgaben.

Samtgemeindebürgermeister Gärtner stimmt Herrn Rosenberger zu und betont, dass die Erfüllung der Pflichtaufgaben Vorrang hat und finanzielle Mittel zunächst in diesen Bereichen fließen werden. Er weist jedoch darauf hin, dass die

angespannte Finanzlage der Samtgemeinde bei den Ausschussmitgliedern berücksichtigt werden sollte.

Punkt 11

Schließung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Nischk schließt um 21:43 Uhr die Sitzung.

gez.
Hans-Jürgen Nischk
Ausschussvorsitzender

gez.
Steffen Gärtner
Samtgemeinde-
bürgermeister

gez.
Jannik Braun
Schriftführer